

Unter diesen äußeren Rahmenbedingungen verschärfte sich auch der Ton in der innenpolitischen Debatte, wie ich bei meinen regelmäßigen Besuchen in der Ukraine feststellen musste. In Deutschland, meiner zweiten Heimat, erhob man die Freilassung von Timoschenko in den Rang einer Nagelprobe.¹⁰ Berlin und Brüssel machten daran Rechtssicherheit und Medienfreiheit in der Ukraine fest. Die Inhaftierung von Timoschenko und die Umstände der Haft stellten für sie eine Verletzung der Menschenrechte dar. Dennoch wurde auf Ebene der EU weiter mit Kiew über die Assoziierung verhandelt.

Brüssel hatte sich dabei für einen Weg entschieden, der einer Hinhaltetaktik gleichkommt. Es wurden Schritte im Assoziierungsprozess an Ergebnisse geknüpft und ständig neue Kriterien benannt. So erfolgte im März 2012 zwar die Paraphierung der Texte des Abkommens, gleichzeitig wurde aber der Druck auf die Janukowitsch-Führung durch Sanktionsmaßnahmen (etwa Reise- und Kontaktverbote während der Fußballeuropameisterschaft im Sommer 2012) stetig erhöht. Der Forderungskatalog wurde ständig ergänzt und die Durchführung von freien, demokratischen Parlamentswahlen im Herbst 2012 zum Hauptkriterium für die Inkraftsetzung des Assoziierungsabkommens gemacht. Darum waren die überwiegend negativen Reaktionen im Westen auf diese Wahlen vorhersehbar, obgleich es keine Beweise für Unregelmäßigkeiten gab.

Nach den Parlamentswahlen verschob die EU die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens bis zum Gipfeltreffen in Vilnius im November 2013.

Insgesamt bemühte sich Kiew sehr stark darum, alle Auflagen der Europäischen Union zumindest formal zu erfüllen, nur in der Sache Timoschenko blieb man hart. Von Berlin bis Washington wurde deren Freilassung lautstark gefordert. Kiew fühlte sich jedoch in seiner kompromisslosen Position durch immer mehr Stimmen in EU-Ländern und in den USA gestärkt, die es für falsch und apolitisch hielten, internationale Verträge mit einem 45-Millionen-Volk vom Umgang mit einer einzigen Person zu verknüpfen, zumal diese nicht unbedingt eine weiße Weste und einen Heiligenschein zu tragen schien. Ermittlungen von US-Behörden über Schwarzgeldkonten Julija Timoschenkos bei US-Banken nährten die Zweifel an deren Integrität.

Die unterschiedlichen Maßstäbe des Westens beim Umgang mit den Menschenrechten offenbaren viel Heuchelei. Der saudi-arabische Journalist Jamal Kashoggi wurde in der diplomatischen Vertretung Saudi-Arabiens in Istanbul im Herbst 2018 sogar ermordet – ohne dass dies fundamentale Korrekturen der Politik gegenüber Saudi-Arabien nach sich gezogen hätte.¹¹ Anders als im Fall der Ukrainerin Timoschenko unterblieben substanzielle politische und wirtschaftliche Sanktionen ...

Präsident Janukowitsch betreibt Schaukelpolitik

Im Herbst 2013 schnürten sich alle Probleme zu einem gordischen Knoten, doch ein Schwert, mit dem er sich hätte zerteilen lassen, schien nicht zu existieren. Der Ukraine

drohte zum Ende des Jahres die Zahlungsunfähigkeit. Nach Angaben von Premierminister Asarow betrug der kurzfristige Finanzbedarf etwa 3,5 Milliarden US-Dollar und für 2014 prognostizierte er ein Loch von etwa 18 Milliarden. Die EU war aber lediglich zu einer Hilfe von 600 Millionen US-Dollar bereit und verwies bei den Umschuldungen auf die Kreditzusagen des IWF. Der Internationale Währungsfonds jedoch informierte am 20. November 2013 die Regierung in Kiew, dass er Zahlungen nur leiste, wenn weitere drastische Kürzungen der Sozialausgaben und die Erhöhung der Verbraucherpreise etwa bei Gas um rund 40 Prozent erfolgten.¹²

Das war zehn Tage vor dem Gipfeltreffen in Vilnius. Daraufhin stoppte anderntags die Kiewer Regierung den »Prozess der Vorbereitungen zum Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU im Interesse der nationalen Sicherheit der Ukraine«, wie Asarow in der Rada erklärte, und er beauftragte die Ministerien, »den aktiven Dialog mit der Russischen Föderation und den anderen Ländern der Zollunion und der GUS bezüglich einer Wiederbelebung der handelsökonomischen Beziehungen« wieder aufzunehmen. Moskau machte umgehend weitreichende Zusagen für Kredite, Gaspreissenkungen und Exporterleichterungen.

Janukowitsch fuhr am 28./29. November 2013 zum EU-Gipfel nach Vilnius und unterzeichnete nicht. Unmittelbar danach begannen intensive Regierungsverhandlungen zwischen Moskau und Kiew, die am 17. Dezember mit einem Hilfspaket im Gesamtumfang von 18 Milliarden US-Dollar endeten und auf eine Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Ukraine zielten. Die von Putin und Janukowitsch unterzeichneten Vereinbarungen sahen kurzfristige Kredite in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar, einen 30-prozentigen Preisrabatt für die Gaslieferungen und Exporterleichterungen für ukrainische Produkte vor, insbesondere für Eisenbahnwaggons, Stahlrohre und Schokolade.

Auch die nationale Opposition und der Westen reagierten auf diese neue Entwicklung. Sie wollten die Entscheidung der Janukowitsch-Führung über den Stopp des Assoziierungsprozesses und die damit verbundene Hinwendung zu Russland rückgängig machen. Obgleich das sprichwörtliche Kind bereits in den Brunnen gefallen war, knüpfte man an die Gesellschaftsentwicklung nach der »Orangen Revolution« an, um die Ukraine dauerhaft in die westlichen Bündnisstrukturen einzubinden. Dazu musste ein Zusammenschluss aller oppositionellen Kräfte organisiert sowie die Machtstrukturen und die Machtbasis des Janukowitsch-Regimes geschwächt bzw. zerschlagen werden. So lautet meine abstrakte politische Analyse der damaligen Vorgänge heute.

Ich bin Schriftsteller, kein Politikwissenschaftler, ich bin emotional, ich kann nicht nüchtern und kühl rational analysieren, wenn es um Menschen und Schicksale geht. Darum sympathisierte ich mit den jungen Leuten, die in der letzten Novemberwoche 2013 wie schon neun Jahre zuvor auf den Maidan zogen und gegen die Entscheidung des zunehmend als selbstgefällig und abgehoben wahrgenommenen Präsidenten Janukowitsch und dessen Politik protestierten. Ja, auch ich konnte damals nicht

verstehen, weshalb er sich in Vilnius so verhalten hatte. Ich sah ihn im Fernsehen, wie er mit ausdruckslosem Gesicht die Fototermine mit den Regierungschefs der EU wahrnahm. Auch deren Gesichter waren zu Masken erstarrt. Die EU hatte alles – nämlich die ganze Ukraine – gewollt und diese nunmehr verloren. Und auch die Ukraine war leer ausgegangen und saß nun vor der Tür. Verloren hatten nicht nur alle beteiligten Politiker, sondern auch das Volk der Ukraine, denn es schien unklar zu sein, wie es nun weitergehen würde.

Mein Herz schlug für den Maidan

Ich lebte inzwischen lange genug in der Bundesrepublik, um – bei allem Ärger mit der hiesigen Bürokratie und trotz vieler Ungerechtigkeiten – die Vorzüge des bürgerlichen Rechtsstaates und das Funktionieren seiner Verwaltung zu schätzen. Was für ein Unterschied zu den in der Ukraine obwaltenden Verhältnissen! Nun war ich keineswegs so naiv anzunehmen, dass Korruption, Bürokratie, Rechtlosigkeit, soziale Not, Armut und Arbeitslosigkeit nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU sofort aus der Ukraine verschwunden wären, ganz zu schweigen von den Oligarchen, die ihre Schäflein ohnehin schon lange ins Trockene, also ins Ausland, gebracht hatten.

Ich wusste – vermutlich im Unterschied zu den Demonstranten auf dem Maidan –, dass Demokratie nicht über Nacht und auf Knopfdruck käme. Das ist ein langwieriger Prozess. Aber mit einer EU-Assoziierung, an deren Ende vielleicht die Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestanden hätte, hätten sich vermutlich die Chancen für einen solchen Prozess verbessert. Diese Option schien nun erledigt, weil Janukowitsch in Vilnius die Tür zugeschlagen hatte. Erst Jahre später sollte ich von Beteiligten exklusiv erfahren, was sich tatsächlich in der litauischen Hauptstadt zugetragen hatte. Aus deren Schilderungen war die Zuweisung von Schuld und Versagen doch nicht so eindeutig, wie es seinerzeit erschien und von den Medien kolportiert worden war.

Mein Herz schlug damals jedenfalls für die Leute auf dem Maidan. Die deutschen Medien machten es mir mit meiner Parteinahme leicht. Sie berichteten ausführlich über das Protestcamp, das sich trotz winterlicher Kälte unablässig ausdehnte. Ich blickte im Fernsehen in entschlossene, mitunter romantisch verklärte Gesichter junger Menschen, sah die Unterstützung, die die Demonstranten aus aller Welt empfangen. Politiker aus Westeuropa und selbst aus den USA waren auf dem Platz und verteilten Kekse und wärmende Worte in der Adventszeit. Dann errichtete man Barrikaden und steckte Autoreifen in Brand, schwarze Rauchschwaden zogen über den Platz und alsbald auch grimmig ausschauende Männer, die Waffen und Uniform trugen und erkennbar nicht zur staatlichen Miliz gehörten. Es seien Selbstverteidigungskräfte, hieß es, die den friedlichen Protest schützten. Und nebenbei besetzten sie auch einige angrenzende Gebäude, von denen manche der Regierung gehörten. Es gab bald auch Schießereien mit Organen der Staatsmacht, Tote und Verletzte blieben zurück. Auch schienen die

Gespenster der Vergangenheit wieder auferstanden. Gleich Zombies formierten sich militante Nationalisten, Antisemiten und Faschisten im *Rechten Sektor*, eine rechtsextreme ukrainische politische Organisation, die paramilitärisch sowie als politische Partei auftritt.

Der Funke des nunmehr militanten Aufruhrs, der nichts mehr mit dem ursprünglichen sozialpolitischen Protest zu tun hatte, sprang vom Maidan ins Land. Dort wurden Polizeistationen gestürmt und Waffenkammern geplündert. Entschuldigend hieß es in den deutschen Nachrichten, das wäre nichts Ungewöhnliches in einer Revolution, denn um eine solche handele es sich wohl inzwischen.¹³

EU-Außenminister zur Friedensmission in Kiew

Nun fürchten Politiker aller Couleur nichts so sehr wie eine Revolution, zumal wenn diese aus dem Ruder zu laufen droht. So reisten denn am 20. Februar 2014 die Außenminister Polens, Frankreichs und der Bundesrepublik nach Kiew. Auch ein Sondergesandter des russischen Präsidenten eilte als Beobachter hinzu. Die EU-Politiker wollten zwischen der Opposition und dem Präsidenten Janukowitsch vermitteln, um die eskalierende innenpolitische Kontroverse in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Die Gespräche endeten mit einem Dokument, das von Präsident Janukowitsch und den Sprechern des Maidan Jazenjuk, Klitschko und Tjagnybok unterzeichnet wurde. Gemeinsam waren alle Beteiligten übereingekommen, dass innerhalb von 48 Stunden per Sondergesetz die Verfassungsänderung von 2004 wieder in Kraft gesetzt würde.¹⁴ Ferner sollten innerhalb von zehn Tagen eine »Regierung der nationalen Einheit« gebildet und durch eine Verfassungsreform eine ausgewogene Machtverteilung zwischen Präsident, Regierung und Parlament durchgesetzt werden. Unmittelbar nach Inkraftsetzung der geänderten Verfassung, spätestens bis Dezember 2014, sollten Präsidentschaftswahlen erfolgen und dazu die Wahlgesetze entsprechend überarbeitet werden. Und: Die Schuldigen für die Gewaltausbrüche in den letzten Wochen sollten gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Regierung und Opposition verpflichteten sich, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten und die Gebäude- und Straßenblockaden zu beenden. Illegale Waffen sollten innerhalb von 24 Stunden den Organen des Innenministeriums übergeben werden.¹⁵

Die radikalen Kräfte auf dem Maidan, vor allem der *Rechte Sektor*, lehnten dieses Abkommen jedoch rigoros ab und forderten Präsident Janukowitsch ultimatив auf, binnen zwölf Stunden zurückzutreten und sein Amtsgebäude zu verlassen. Andernfalls würde der Präsidentsitz von ihnen besetzt und er verhaftet werden.

Wie sich zeigte, folgten Miliz und Sicherheitsleute nicht mehr ihrer Führung, die Erosion des Machtapparates war erkennbar vorangeschritten. Einheiten der Polizei- und Sicherheitsorgane weigerten sich, zur Durchsetzung von Recht und Ordnung die Schusswaffe einzusetzen. Abgeordnete der regierenden *Partei der Regionen* in der

Werchowna Rada und in den Gebietsverwaltungen¹⁶ kehrten ihren Fraktionen oder der Partei den Rücken. Innerhalb weniger Stunden verlor der Präsident seine Machtbasis in Kiew sowie in den zentralen und westlichen Gebieten der Ukraine. Janukowitsch, Parlamentspräsident Rybak und andere Regierungsmitglieder verließen in der Nacht vom 21. zum 22. Februar 2014 – wenige Stunden nach Unterzeichnung des mit EU-Hilfe ausgehandelten Kompromisses – fluchtartig Kiew und setzten sich größtenteils alsbald nach Russland ab.

Die parlamentarische Opposition nutzte das entstandene Machtvakuum und begann unverzüglich mit der ganz offensichtlich langfristig vorbereiteten Machtübernahme. Auf Sondersitzungen des Parlaments am 22. und 23. Februar wurde der Machtwechsel offiziell vollzogen und formal legitimiert. Unter Umgehung des verfassungsgemäßen Verfahrens stimmte die Rada mit 328 Stimmen für die Amtsenthebung von Viktor Janukowitsch »aufgrund der Nichterfüllung seiner Aufgaben wegen Abwesenheit« sowie mit 285 Stimmen für die Übertragung der Aufgaben des Präsidenten bis zu Neuwahlen am 25. Mai 2014 auf den Parlamentspräsidenten Oleksandr Turtschinow. Mit der Annahme weiterer Gesetze, darunter zur Absetzung des Innenministers und des Generalstaatsanwalts sowie zur Haftentlassung von Julija Timoschenko, waren innerhalb kürzester Zeit die wichtigsten Machtentscheidungen getroffen und der Umsturz politisch und personell vollzogen.

Die Gründe für den raschen Erfolg waren vielschichtig und komplex. Eine wesentliche Ursache war die gewaltige Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung mit dem Janukowitsch-Regime, und diese Unzufriedenheit war sozialer wie politischer Natur. Die stetig wachsende Korruption, die Bereicherungssucht der herrschenden Elite, deren Prunksucht und Mauscheleien, die Rechtsunsicherheit und die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten hatten das Fass zum Überlaufen gebracht. Als entscheidender außenpolitischer Faktor kam hinzu, dass die gesamte Entwicklung in der Ukraine seit Erlangen der Unabhängigkeit außerordentlich stark von den geopolitischen Ambitionen sowohl Russlands als auch des Westens, vor allem der USA, in der postsowjetischen Region geprägt war.

Ungeachtet dessen betrachtete ich in Berlin den Machtwechsel in Kiew, der zweifellos den Charakter eines blutigen Staatsstreiches zu besitzen schien, als Chance für einen Neuanfang. In der Geschichte haben Staatsstrieche und Palastrevolten nicht zwangsläufig und in jedem Falle eine Verschlechterung der Lage für das »gemeine Volk« bedeutet. Es gibt auch Beispiele, dass es danach aufwärts ging. Darum weinte ich Janukowitsch keine Träne nach.

Erkundungen nach der »Revolution der Würde«

In jenen Monaten war ich wiederholt in Kiew gewesen. Ich hatte auf dem Maidan mit Demonstranten und an vielen anderen Orten mit Sympathisanten und ganz normalen Leuten gesprochen. Ich spürte eine hochgradige Unzufriedenheit über die Verhältnisse,